

## Antrag G 3: Für eine starke LINKE. Thüringen, starke Strukturen schaffen.

Antragsteller*in:	AG Partei- und Personalstruktur, Landesvorstand
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesverband DIE LINKE. Thüringen hat eine herausgehobene Stellung innerhalb  
2 unserer Bundespartei inne. Unser Landesverband mit seinen 21 Kreisverbänden stellt  
3 den ersten und bisher einzigen Linken Ministerpräsidenten, trägt damit  
4 Regierungsverantwortung und kann den Nachweis erbringen, dass die Partei DIE  
5 LINKE auf Landesebene gestaltungsfähig ist. Im Zusammenwirken von Partei, Fraktion  
6 und Regierung liegt der Grund der erfolgreichen Arbeit seit 2014. Viele Mitglieder  
7 konnten durch diese erfolgreiche Politik und die damit verbundene Profilierung sowie  
8 Sichtbarkeit unserer Partei für den Landesverband und seine Stadt- & Kreisverbände  
9 gewonnen werden. Wir werden als ein stabiler und richtungsgebender Leuchtturm  
10 innerhalb der Bundespartei wahrgenommen.
- 11 Gleichwohl steht unser Landesverband, u.a. aufgrund der Mitgliederentwicklung vor  
12 großen organisationspolitischen Herausforderungen. Wir stehen gemeinsam vor der  
13 Aufgabe, auf allen Ebenen funktionierende Parteistrukturen im Sinne einer  
14 sozialistischen und gestaltenden Mitgliederpartei zu gewährleisten. Dies wollen wir  
15 weiterhin in solidarischem Umgang miteinander diskutieren und breit getragene,  
16 strukturelle Entscheidungen treffen. Dabei sollen die Ressourcen der Landespartei in  
17 der Landesgeschäftsstelle und in den Gebietsverbänden bestmöglich kombiniert, sowie  
18 Ehrenamt und Hauptamt effektiv verzahnt werden.
- 19 Viele Genoss\*innen, junge wie alte, neue wie langjährige, übernehmen heute  
20 Verantwortung in den Stadt- und Kreisverbänden. Für die Organisation der Parteiarbeit  
21 und ein lebendiges Parteileben braucht es Ressourcen, Wissen und arbeitsfähige  
22 Strukturen. Daher sind Bildungsangebote von enormer Bedeutung. Der Landesvorstand  
23 wird den Mitgliedern von Stadt- und Kreisverbänden, aber auch Hauptamtlichen,  
24 weiterhin an den konkreten Bedarfen orientierte, niedrigschwellige Schulungen zu  
25 politischer Arbeit im Alltag vor Ort zur Verfügung stellen. Wir werden diese Angebote  
26 nutzen, um die politische Arbeit unserer Partei zu qualifizieren.
- 27 Ziel ist, mit verstärkten Angeboten und Anpassungen der Parteistrukturen und -  
28 gremien, die öffentliche Präsenz und Aktionsfähigkeit der Thüringer LINKEN  
29 flächendeckend und kontinuierlich - auch zwischen den Wahlkämpfen - zu sichern. Die  
30 Partei kann als Interessenvertreterin mit den eigenen politischen Alternativen  
31 besonders gut im direkten persönlichen Kontakt um Zustimmung und Vertrauen werben,  
32 Hinweise und Probleme der Menschen in Thüringen aufnehmen und darauf Antworten geben.  
33 Dafür spielen die Gebietsverbände mit ihrer Arbeit vor Ort eine entscheidende Rolle.  
34 DIE LINKE ist auch in Thüringen nach den Pandemie-Jahren gefordert, zu prüfen, welche  
35 organisatorische Aufstellung für die Wähler\*innenansprache und die innerparteiliche  
36 Kommunikation am besten funktioniert.
- 37 Der Landesvorstand hat am 18.03.2022 beschlossen, eine Arbeitsgruppe „Partei- und

- 38 Personalstrukturen“ einzurichten. Diese hat den Auftrag erhalten, bis zum Frühjahr  
39 2023 einen Vorschlag zur Neufassung der Arbeitsstrukturen des Landesverbandes  
40 vorzulegen. Im Ergebnis der Beratung der Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreter\*innen  
41 der Kreisverbände, des Landesausschusses und des Landesvorstandes, werden dem  
42 Landesparteitag zu den Bereichen
- 43 • Kreisverbände
  - 44 • Untergliederungen der Kreise
  - 45 • Zentralisierung von Aufgaben
  - 46 • Regionalisierung und
  - 47 • Konfliktmanagement in unserer Partei
- 48 folgende Maßnahmen vorgeschlagen:
- 49 1) Kreisverbände
- 50 a) Für eine auch in Zukunft abgesicherte Arbeits- und Politikfähigkeit unserer Kreis-  
51 und Stadtverbände wollen wir als eine Option ein Zusammenwachsen fördern, mit dem  
52 Ziel, die Zahl der 21 Kreisverbände zu reduzieren. Grundvoraussetzung für  
53 Zusammenschlüsse und Bildung entsprechender Kreisvorstände ist eine allseitige  
54 Freiwilligkeit. Druck und/oder Zwang zu einem Zusammenschluss lehnen wir ab. Unser  
55 Ziel ist die Entlastung der Kreis- und Stadtvorstände bei einer gleichzeitig  
56 verbesserten Serviceleistung und bedarfsorientierten Unterstützung durch die  
57 Landesgeschäftsstelle.
- 58 b) Die Schaffung von übergeordneten Regionalverbänden ohne Entscheidungskompetenzen,  
59 in denen mehrere Kreisverbände mit eigenen Kreisvorständen untergliedert sind, wird  
60 in unserem Landesverband nicht mehr angestrebt. Bevor es zu Zusammenschlüssen von  
61 Kreisverbänden kommt, sollen regionale Parteistrukturkonferenzen durchgeführt werden.
- 62 c) Zur Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen auf  
63 Landes- und Kreisebene sollen die Kreisvorstände analog zur Aufgabenverteilung in der  
64 Landesgeschäftsstelle Ansprechpartner\*innen benennen (bspw. politische Bildung,  
65 Kampagnenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, etc.).
- 66 d) Um die Arbeit in den Kreis- und Stadtverbänden zu unterstützen, werden regional  
67 regelmäßig beteiligungsorientierte und niedrigschwellige Schulungs-, Bildungs- und  
68 Vernetzungsangebote zur Kreisvorstandsarbeit u.a. mit dem Format „ABC der  
69 Kreisvorstandsarbeit“ angeboten und durchgeführt.
- 70 2) Untergliederungen der Kreisverbände
- 71 a) Das täglich erfahrbare Parteileben unterhalb der Kreis- und Stadtverbandsebene für  
72 und mit unseren Genoss\*innen soll zukünftig durch die Gründung von Ortsvereinen  
73 gewährleistet werden. In den Ortsververeinungen können als territorial orientierte  
74 Untergliederungen, sogenannte Parteigruppen, in einzelnen Kommunen bzw. Stadtteilen  
75 gegründet werden oder weiterhin bestehen bleiben.
- 76 b) Neue Mitglieder sollen nicht mehr Basisorganisationen, sondern Ortsvereinen  
77 zugeordnet werden. Das satzungsgemäße Recht, Basisorganisationen zu gründen, bleibt  
78 bestehen. Auch bestehende Basisorganisationen werden nicht aufgelöst.
- 79 c) Zur thematischen und inhaltlichen Arbeit in den Kreisverbänden sollen  
80 Basisorganisationen künftig als Zusammenschlüsse im Sinne von Arbeitsgruppen wirken.

- 81 d) Für die Vereinfachung der politischen Arbeit vor Ort sollen den Ortsvereinigungen  
82 in den Finanzplänen der Kreisverbände Budgets für eine eigenständige politische  
83 (Mitglieder-) Arbeit ohne selbständige Kassenführung ermöglicht werden.
- 84 3) Regionale Unterstützung
- 85 a) Eine dauerhafte und planmäßige Reduzierung der Arbeitsplätze in der  
86 Landesgeschäftsstelle durch eine Regionalisierung von Planstellen in noch zu  
87 definierende Regionen wird nicht als sinnvoll erachtet.
- 88 b) Die festgeschriebenen und definierten Aufgaben der Beschäftigten der  
89 Landesgeschäftsstelle und die dort zu erbringenden Unterstützungsleistungen für die  
90 Kreisverbände sollen deutlicher herausgestellt werden.
- 91 c) Gemeinsam mit den Kreis- und Stadtverbänden, dem Betriebsrat und dem  
92 geschäftsführenden Landesvorstand soll ein tragfähiges Modell entwickelt werden, mit  
93 dem es den Gebietsverbänden möglich ist, projektbezogenen Unterstützungsleistungen vor  
94 Ort mit Aufwandsentschädigungen und/oder Honoraren zu vergüten.
- 95 d) Gleichzeitig wollen wir die einzelnen Aufgaben der Mitarbeiter\*innen in der  
96 Landesgeschäftsstelle daraufhin überprüfen, wie sie noch mehr als jetzt schon die  
97 Kreisverbände und insbesondere die Kreisvorstände bei Projekten vor Ort unterstützen  
98 können. Dazu sollen die Belegschaft und der Betriebsrat einbezogen werden.
- 99 e) Sollten sich zusätzliche finanzielle Spielräume im Landesverband ergeben, werden  
100 konkrete Unterstützungsangebote für die Kreis- und Stadtverbände priorisiert und  
101 besprochen.
- 102 4) Zentralisierung von Aufgaben
- 103 Um die Kreisvorstände gezielt zu entlasten und eine Fokussierung auf die wesentlichen  
104 Aufgaben zu unterstützen, wollen wir alle Bereiche der Mitgliederverwaltung in der  
105 Landesgeschäftsstelle zentralisieren. Zudem soll geprüft werden, ob und wie man die  
106 Finanzverwaltung in den Kreis- und Stadtverbänden zentralisieren kann, um diese von  
107 kräftezehrenden Verwaltungstätigkeiten zu entlasten und personelle und zeitliche  
108 Ressourcen für die politische Arbeit zu erhöhen. Dabei sollen die Kreis- und  
109 Stadtverbände weiterhin über ihr Budget und die Spenden selbst verfügen, sich über  
110 Buchhaltung aber nicht mehr den Kopf zerbrechen müssen, sondern nur noch Kassenbuch  
111 führen. Darüber hinaus werden wir einen zentralen Technikpool aufbauen.
- 112 5) Konfliktmanagement in unserer Partei
- 113 Unsere Partei befindet sich im Umbruch. Dies führt auch in unserem Landesverband zu  
114 Konflikten. Diese Konflikte führen teilweise zu einer Beeinträchtigung der Arbeits-  
115 und Politikfähigkeit vor Ort. Sie lähmen ganze Kreisverbände bzw. deren Vorstände.  
116 Dazu wollen wir der Mediationsstelle unseres Landesverbandes eine aktivere Rolle  
117 zuteilen und beim nächsten Parteitag neue Mitglieder wählen. Darüber hinaus soll ein  
118 landesweiter Pool von ehrenamtlichen Streitschlichter\*innen ausgebildet und gegründet  
119 werden. Sie sollen bei Konflikten niedriger Intensität eine vermittelnde Rolle  
120 einnehmen. Dazu wollen wir Schulungen anbieten.

## **Begründung**

Der vorliegende Antrag stellt das Ergebnis der Arbeit der Arbeitsgruppe Struktur und Personal dar. Nach gründlicher Analyse, vielen Gesprächen und intensiven Diskussionen sehen wir die oben aufgezählten

Punkte als notwendig an. Diese Veränderungen in Teilen unserer Struktur und Arbeitsweisen sollen die verschiedenen Übergangsphasen, in der sich unser Landesverband befindet, unterstützen und erleichtern. Zu den einzelnen Punkten wollen wir unsere Diskussionsstände erklären.

In den Kreisverbänden stehen wir in Thüringen vor einer, wenn nicht der größten, Herausforderung für unseren Landesverband. Die Kreis- und Stadtverbände stehen in ihrem alltäglichen Arbeiten vor einem erheblichen Spannungsfeld. Auf der einen Seite müssen sie grundlegende Funktionen unserer Partei sicherstellen. Andererseits sind sie zunehmend direkte Anlaufstelle für Mitglieder. Diese Funktion haben sie von den Basisorganisationen zunehmend übernommen. Dies stellt insbesondere die Vorstände vor große zeitliche wie auch inhaltliche Herausforderungen. Immer häufiger berichten Vorstandsmitglieder von Überlastungen und Überforderungen. Dies betrifft inzwischen auch die Sicherstellung grundlegender Funktionen.

Sowohl quantitative Analysen als auch die Befragung von Kreisvorstandsmitgliedern und nicht zuletzt die Kreisbereisungen haben dies überdeutlich werden lassen. Um grundlegende Parteifunktionen garantieren zu können, müssen wir für einen Teil unserer Kreise freiwillige Zusammenlegungen ins Auge fassen. Sowohl die Anzahl der Mitglieder als auch die Altersstruktur machen diesen Schritt für einige Kreis- und Stadtverbände notwendig, um die politische Arbeit weiterhin zu ermöglichen und die politische Repräsentanz in den Regionen zu halten und zu stärken. Nach reiflicher Überlegung und Evaluation erachten wir die organisatorische Gliederung in Ortsvereine, Kreisverbände und Landesverband für sinnvoll. Regionalverbände scheinen grundlegende Probleme, gerade auch nach Erfahrungen in anderen (ostdeutschen) Landesverbänden, nicht zu beseitigen.

Dies wird seine volle Entfaltung aber nur erreichen, wenn wir auch über die Untergliederungen der jeweiligen Kreis- und Stadtverbände diskutieren und einzelne, teilweise gravierende Veränderungen von Struktur und Arbeitsweisen auf den Weg bringen. Im Fokus steht strukturell eine Modernisierung der Untergliederungen. Dies soll und darf aber nicht durch einen radikalen Bruch geschehen. Es geht nicht um das „einfache Abstreifen“ historischer und traditioneller Organisationsformen, wie den Basisorganisationen. Vielmehr stehen die örtliche Identifikation und Akzeptanz der Partei als Grundpfeiler der eigenen politischen Arbeit im Fokus. Momentan repräsentiert und bindet die Struktur der Basisorganisationen nur noch einen Teil unserer Mitglieder. Insbesondere jüngere und neuere Parteimitglieder scheinen mit dieser Form zu fremdeln. Das führt teilweise zu Einbindungs- und Repräsentationslücken der Mitgliedschaft, was sich dann über Vorstände und Delegierungen auch auf die Landespartei im Ganzen potenziert und widerspiegelt. Diesem Trend wollen wir aktiv entgegenwirken. Dazu sollen unsere Basisorganisationen kreisweit wirken. Sie sollen als eine Art kreisweiter, inhaltlich angelegter Zusammenschluss, z.B. für U35, Senior\*innen aber auch Migrant\*innen oder Frauen wirken. Wir erhoffen uns durch das Prinzip der Ortsvereinigungen als künftiger lokaler Organisationsform eine Stärkung der lokalen Identifikation mit der Partei und Stärkung des alltäglichen Parteilebens. Es soll somit auf der einen Seite ein Austausch über „alles“ ermöglicht werden, was den Genoss\*innen auf dem Herzen liegt und auf der anderen Seite die Anzahl der beteiligten Genoss\*innen, aber auch deren Repräsentanz, erhöht werden. Wir wollen eine breit akzeptierte Debatte und gegebenenfalls Änderung der täglichen Parteikultur und unserer Arbeitsweisen. Diese soll aber nicht einfach von oben diktiert werden, sondern individuell durch die Genossinnen und Genossen in den Untergliederungen und Kreisverbänden wachsen. Damit sollen einerseits noch funktionierende Basisorganisationen ihre Arbeit fortführen können und zeitgleich neue Organisationsformen der Genoss\*innen vor Ort aufgebaut werden.

Eine weitere Säule für konkrete Entlastungen soll eine maß- und planvolle Zentralisierung von Verwaltungsaufgaben in der Landesgeschäftsstelle darstellen. Gegenstand der Prüfung zur Zentralisierung der Finanzbuchhaltung ist sowohl die Frage, was eine Zentralisierung der Finanzbuchhaltung für die Kreise bedeutet - welche Aufgaben können wegfallen, welche neuen Aufgaben/Abläufe ggf. entstehen - als auch, wie die zentrale Aufgabenwahrnehmung durch die Landesgeschäftsstelle personell und organisatorisch

abgesichert werden kann. Dies bedeutet aber auch eine Überprüfung der einzelnen Arbeitsaufgaben der Landesgeschäftsstelle. In einem inneren Prozess sollen Arbeitsplatzbeschreibungen, aber auch Arbeitsabläufe, stetig optimiert werden.

Einen großen Raum der Arbeitsgruppen- Arbeit nahm eine Analyse und Diskussion zur wie auch immer ausgestalteten Regionalisierung in Struktur und Arbeitszusammenhängen unseres Landesverbandes ein. Es geht dabei um die Frage, ob die Planstellen vollumfänglich in der Landesgeschäftsstelle verbleiben, oder einige Stellen in den Regionen mit einem neuen Aufgabenprofil verankert sein sollen. Hierzu wurden intensiv die Erfahrungen der anderen ostdeutschen Landesverbände einbezogen, um zu einer geeigneten Abwägung der Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Modelle zu kommen.

An erster Stelle stand die Frage im Raum, ob regionale Stellen durch einen Abbau von Planstellen in der Landesgeschäftsstelle oder durch einen Aufwuchs von Stellen ermöglicht werden sollen. Ein Abbau von zentralisierten Planstellen bzw. eine Kombination von Aufgaben zentralisierter Planstellen mit jenen von regionalisierten Planstellen kann nach den Erfahrungen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt in keiner Weise als Lösung angesehen werden. Die dortigen Erfahrungen zeigen einen gravierenden Verlust an Fähigkeiten und Ressourcen bei den Kreisverbänden bei einer gleichzeitigen zeitlichen und inhaltlichen Überforderung der regionalisierten Arbeitsstellen auf. Ein Aufwuchs von Planstellen ist mit Blick auf die Ressourcenanalyse, insbesondere finanzieller Art, für unseren Landesverband derzeit nicht absehbar. Unsere Mitgliederentwicklung steht einem solchen umfänglichen Planstellenaufwuchs deutlich entgegen. Auch steht ein unklarer zeitlicher Rahmen für eine so gravierende Umstellung der strukturierten Arbeitsweise unserer Partei einer Regionalisierung von Planstellen entgegen. Die großen Herausforderungen des Wahljahres 2024 lassen eine solche nicht zu. Die Gefahr für eine kurzfristige, aber manifeste, Schwächung der Arbeitsfähigkeit unseres Landesverbandes muss vermieden werden. Stattdessen soll gemeinsam mit den Kreisverbänden ein tragfähiges Konzept diskutiert werden, wie zeitlich begrenzt (Wahl-)Kampagnen durch Honorarstellen und Nutzung von Aufwandsentschädigungen eine Spitzenbelastung abfedern können oder auch eine gesteigerte Wertschätzung für geleistete, teilweise erhebliche Arbeits- und Koordinierungsleistungen darstellen.

Im letzten Punkt geht es vor allem um ein sehr konkretes Problem: das Konfliktmanagement. Seit einiger Zeit stellen Konflikte auf Kreisebene ein erhebliches Hindernis für Kreise, aber auch deren Vorstände dar. Wir wollen versuchen, die eigene Lösungskompetenz bei solchen Konflikten zu erhöhen, ohne dass es zu einer Intervention von Landesvorstand und/oder Landesgeschäftsstelle kommen muss.